

Landtag 7. Tagung

Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken – Prioritäten setzen Antrag SPD/CDU 16/209 / Bericht der Landesregierung 16/322

Anrede!

Das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein ist ein Erfolgsmodell. Von Wirtschaftsminister Bernd Rohwer 1997 ins Leben gerufen, ist es in Zusammenarbeit von Landesregierung, Sozialpartnern, Kammern und Arbeitsagenturen in jedem Jahr gelungen, fast allen jugendlichen Schulabgängern ein Angebot zu machen.

Durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Umsetzung von Hartz IV haben sich in diesem Jahr die Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen als unverzichtbare neue Partner dem Bündnis angeschlossen.

Bei steigenden Schulabgängerzahlen und steigenden Zahlen von Jugendlichen, die über das Arbeitslosengeld II in die Ausbildungsplatzvermittlung aufgenommen wurden, ist es nach wie vor eine Herausforderung jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot zu machen.

Ich danke allen Partnern, die diese Kraftanstrengung gemeinsam bewältigt haben.

Ganz besonders begrüße ich, dass das Bündnis in diesem Jahr unterstützt wurde durch eine Gemeinschaftsaktion im Rahmen des nationalen Pakts für Ausbildung, durch den die IHK zu Kiel zusätzliche Ausbildungsplätze und neue Plätze für Einstiegsqualifikation bei ihren Mitgliedsfirmen geworben hat.

Landesweit konnte damit eine Steigerung bei der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge erreicht werden.

Aber die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt bleibt weiter angespannt.

Ich danke deshalb dem Ministerium für den vorliegenden Bericht, der zum einen die Erfolge und das Erreichte deutlich macht, zum anderen aber aufzeigt, an welchen Stellen nach wie vor Handlungsbedarf besteht.

Die Zahlen, die im September zu Beginn der Nachvermittlungsaktion veröffentlicht wurden, unterstreichen das:

die Lücke zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und den noch nicht vermittelten Bewerbern war zwar mit 2330 deutlich geringer als im Vorjahr, aber für das Bündnis für Ausbildung eine weitere Herausforderung.

Vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss und schlechten schulischen Leistungen haben deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Dazu kommen Jugendliche im Arbeitslosengeld-II-Bezug, die teilweise lange Maßnahmekarrieren hinter sich haben, ohne eine erfolgreiche Ausbildung abschließen zu können.

Jugendarbeitslosigkeit wird somit immer häufiger zu einem Einstieg in Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen unter 25 Jahren ist auch in Schleswig-Holstein nach wie vor mit 14,5% überdurchschnittlich hoch.

Also, bei allen Erfolgen, es bleibt viel zu tun, und der Bericht des Ministers zeigt die Handlungsschwerpunkte für eine Weiterentwicklung des Bündnisses für Ausbildung auf:

- Da viele Betriebe ihre freien Ausbildungsplätze nicht den Agenturen für Arbeit melden, muss die erfolgreiche Arbeit der Ausbildungsplatzakquisiteure weiter gefördert und fortgesetzt werden
- Dem Überangebot an Bewerbern für Bereiche mit niederschwelligeren theoretischen Anforderungen und einem Mangel an Bewerbern für hoch qualifizierte Berufe und Branchen muss mit differenzierten Angeboten begegnet werden.
- der von der Wirtschaft oft bemängelten Ausbildungsreife der Bewerber, die sich sowohl in fehlenden theoretischen Grundlagen wie auch in fehlenden sozialen Kompetenzen ausdrückt, muss in enger Kooperation von Schule und Wirtschaft entgegengewirkt werden. Die Angebote der offenen Ganztagschulen bieten hier Chancen
- Der Abgleich von Angebot und Nachfrage kann z.B. durch Imagekampagnen für weniger beliebte Branchen weiter optimiert werden.
- Bei der Vorbereitung auf Ausbildung, das zeigt der Bericht, sind schon viele Ideen auf den Weg gebracht worden. Diese müssen in enger Kooperation von Schule und Wirtschaft weiterentwickelt werden. Die Umwandlung der Berufsschulen in Regionale Bildungszentren bieten dabei neue Möglichkeiten.
- Vor allem in Zukunftsfelder, in denen wirtschaftliches Wachstum und damit Ausbildungskapazitäten zu erwarten sind, muss es eine besonders enge Kooperation der Akteure geben.
- Ausbildungsabbrecher müssen wir mit geeigneten Maßnahmen unterstützen, die fachliche, sozial bedingte oder aufgrund falscher Erwartungen entstandene Defizite auffangen.
- Um die Bereitschaft von Unternehmen Jugendliche mit Hauptschulabschluss vor allem in strukturschwachen Regionen auszubilden, muss nachdrücklich geworben werden.
- Mit aller Kraft müssen wir uns auch - in Kooperation von Schule und Jugendhilfe - für die Jugendliche einsetzen, die aufgrund ihrer Lebensverhältnisse die Voraussetzungen und Fähigkeiten für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung nicht mitbringen. Wohin mangelnde Perspektiven bei jungen Menschen im Extremfall führen können, erleben wir im Moment in Frankreich.
- Die Kapazitäten für Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst dürfen - trotz der schwierigen Haushaltslage - nicht weiter reduziert werden, auch wenn nicht immer ein Übernahmeangebot damit verbunden ist.

Der Bericht des Ministers schließt mit dem Fazit, dass die Landesregierung eine intensive Unterstützung von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Ausbildungssituation führen, für erforderlich hält.

Diese Auffassung teile ich und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss, um das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein erfolgreich weiterzuentwickeln.